

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH,
Frankfurt/Main

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nr. 1/1989 – März

Die 1988 überraschend eingetretene erneute Kräftigung der Konjunktur der kapitalistischen Weltwirtschaft hat sich bis zuletzt fortgesetzt, wenn sich nun das Expansionstempo auch etwas abzuschwächen scheint. Diese Abschwächungstendenz scheint in Großbritannien am deutlichsten zu sein, allerdings werden auch für die USA und Japan für 1989 deutlich niedrigere Wachstumsraten erwartet.

In der Bundesrepublik ist das reale Brutto-sozialprodukt (BSP) 1988 um 3,4 Prozent gewachsen, die höchste Wachstumsrate seit 1979. Getragen wurde diese vergleichsweise kräftige Zunahme der wirtschaftlichen Leistung (keinesfalls identisch mit Wohlstand) überwiegend durch eine deutliche Ausweitung des Außenhandels. Der bundesdeutsche Überschuss in der Handelsbilanz hat erneut zugenommen. Gleichzeitig haben aber auch die inländischen Investitionen wieder stimulierend gewirkt. Dabei steht trotz einer Kapazitätsauslastung von über 88 Prozent – dem höchsten Wert seit 1973 – das Rationalisierungsmotiv im Vordergrund. Offensichtlich sind inzwischen auf breiter Front Modernisierungsinvestitionen in Gang gekommen, wobei in Zukunft auch die Einstellung auf einen mit der Realisierung des EG-Binnenmarktes verbundenen stärkeren Konkurrenzdruck eine stimulierende Rolle spielen dürfte.

Obwohl die Investitionen deutlich steigen, verbessert sich infolge „boomender“ Unternehmerrgewinne die Finanzierungssituation. Während 1989 die Nettogewinne der Unternehmen und Selbständigen um 240 Milliarden und damit um das Doppelte gegenüber 1980 gestiegen sein werden, liegen die Nettoinvestitionen mit rund 170 Milliarden etwa auf dem Niveau von 1980. Die Eigenfinanzierungsquote der Unternehmensinvestitionen hat 1988 knapp 100 Prozent erreicht, d. h. der Unternehmenssektor als ganzer kann seine Investitionen völlig ohne Fremdmittel finanzieren. Bei einer gesamtgesellschaftlichen Sparquote von 12 Prozent bzw. 160 Milliarden DM ist also ein großer Kapitalüberschuss entstanden, der auch durch den Anstieg der öffentlichen Neuverschuldung auf etwa 40 Milliarden DM nicht abgeschöpft werden konnte. Dieser Kapitalüberschuss ist im Ausland angelegt worden, vor allem an den internationalen Finanzmärkten.

Während unter dem Einfluß der Modernisierungsaktivitäten, der hohen Kapazitäts-

auslastung und der günstigen Renditen die Investitionen der Unternehmen weiter expandieren und der Welthandel nur wenig abgeschwächt zunimmt, sind die Perspektiven für den privaten Verbrauch weniger günstig als in den letzten Jahren. Die Kaufkraft der Arbeitseinkommen und der Sozialeinkommen wird durch die wieder aufflackernde Inflation beeinträchtigt – per saldo dürfte 1989 bestenfalls Stagnation zu erwarten sein. Kräftig nehmen allerdings die verfügbaren Einkommen der Selbständigen zu. Die teilweise geradezu euphorische Beurteilung der aktuellen Konjunktur- und Wachstumsaussichten, die stellenweise „Wiederbeerdigung“ von zyklischen Krisen überhaupt übersieht allerdings einige schwerwiegende Probleme.

Dazu gehört natürlich die Tatsache, daß die Arbeitsmärkte durch die Belebung nur wenig entlastet werden. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt weiter, regionale Ungleichgewichte nehmen eher zu. Der Aufschwung ist nicht mit einem Ausgleich dieser Widersprüche verbunden.

Zudem sind auch die weltweiten ökonomischen Disparitäten nicht kleiner geworden.

In der Dritten Welt gibt es nur wenige Regionen, die von der Belebung in den entwickelten kapitalistischen Ländern profitieren. In Lateinamerika verdoppelte sich die Inflationsrate 1988 auf 470 Prozent, die Wachstumsrate des BSP sank auf 0,7 Prozent, d. h. die Pro-Kopf-Wertschöpfung ist zurückgegangen. In Afrika hat die günstigere Witterung nach einem Stagnationsjahr ein Wachstum von rund zwei Prozent ermöglicht, was aber immer noch einen Rückgang der Pro-Kopf-Wertschöpfung beinhaltet. In diesen beiden Regionen der Welt wirkt die Schuldenlast als wichtigstes Entwicklungshemmnis.

Dagegen ist die befürchtete Rezession in Asien bislang nicht eingetreten. Hier werden Wachstumsraten zwischen fünf und zehn Prozent erreicht, das Schlußlicht bildete 1988 Indonesien mit einem Zuwachs von drei Prozent.

Zu den großen Disparitäten gehört auch das Ungleichgewicht im Welthandel, das sich auch 1988 nicht vermindert hat: Während das US-Defizit nur wenig abgebaut wurde und die Überschüsse Japans und der BRD zusammen unverändert hoch

blieben, wuchs das Defizit Großbritanniens auf mehr als 20 Milliarden Dollar.

Unter dem Einfluß dieses Ungleichgewichts hält die Labilität an den Devisenmärkten an. Das Wiederaufleben der Inflation auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern trieb die Zinsen herauf. Dies vergrößert die Last der Schuldnerländer der Dritten Welt und verunsichert die internationalen Finanzmärkte. Die Börsen vor allem in Asien haben nach der relativ raschen Überwindung der Folgen des „Krachs“ von 1987 erneut haussiert, die Disparitäten zwischen der „realen“ Ökonomie, insbesondere den Sachinvestitionen auf der einen und den weiter expandierenden Finanzmärkten auf der anderen Seite haben sich kaum vermindert. In den USA bildet die Verschuldung des Staates, der Konsumenten und der Unternehmen (letztere als Folge der kreditfinanzierten Unternehmenskäufe) einen großen Unsicherheitsfaktor.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Wichtige Industriebranchen
- 1.5 Investitionen
- 1.6 Außenwirtschaft

2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmerrgewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

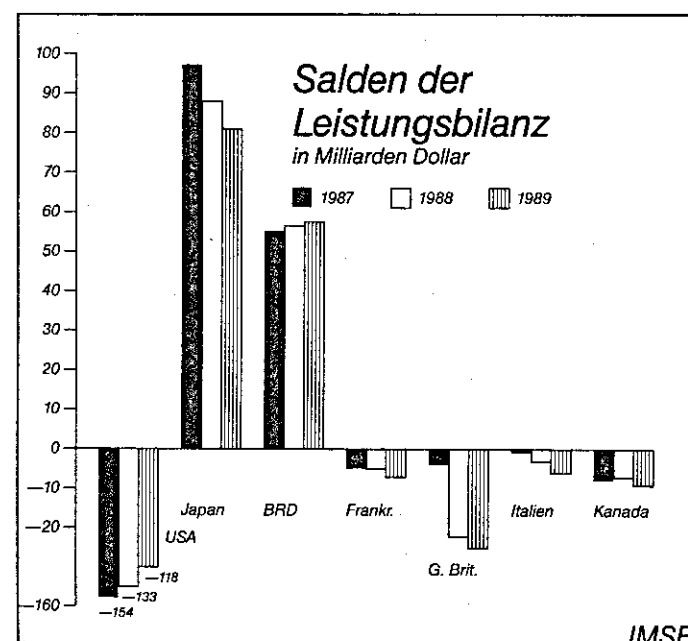
- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Einkommensverteilung
- 3.4 Ein Jahr nach Rheinhausen
- 3.5 Tarifkonflikt in der Druckindustrie
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

Es liegt etwas Widersinniges in der Welle des Optimismus, welche die Akteure und Kommentatoren der kapitalistischen Weltwirtschaft erfaßt hat: Letzten Endes hatte der Börsenkrach vom Oktober 1987 die Zentralbanken genötigt, der Wirtschaft mit starken Liquiditätsspritzen unter die Arme zu greifen, und so die Tendenz zur Erhöhung der Zinssätze umgekehrt, welche sich auf die Profit- und Nachfrageerwartungen der Unternehmen dämpfend ausgewirkt hatte.

Es kam bei dieser Gelegenheit zwar nicht zu der von vielen Seiten befürchteten Wiederholung der Konkurskette, wie sie nach 1929 eingetreten war, auch wenn sich an den Börsen von New York und Tokio durchaus dramatische Szenen abspielten; aber die für die Währungspolitik verantwortlichen Behörden in den USA und Japan zwangen die Banken, die ungedeckten Posten an den Aktienmärkten zu finanzieren, so daß der freie Fall der Aktienkurse aufgehalten und ein Übergreifen der Panikstimmung auf andere Bereiche der Wirtschaft verhindert wurde.

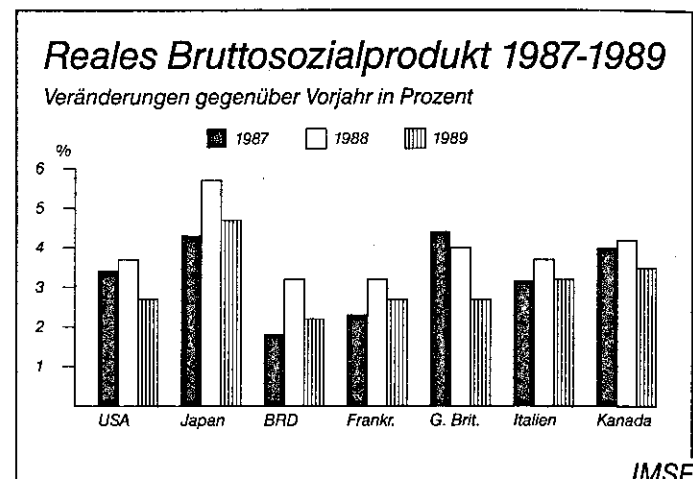
Ungelöst sind dagegen andere Probleme geblieben, die die Entwicklungsperspektiven der Weltwirtschaft beeinträchtigen dürften: In erster Linie die noch ausstehende Wiederanpassung der US-Leistungsbilanz. Dazu schreibt die Bank Morgan Guaranty: „Die massive Auslandsverschuldung der USA schlägt sich weltweit in einer starken Erhöhung der Finanzrisiken nieder: Überall sind die Kapital- und Devisenmärkte aufgrund des absolut beispiellosen Ausmaßes der amerikanischen Auslandsverschuldung und des Handelsdefizits, das ihr zugrunde liegt, überlastet und verunsichert“ (Morgan Guaranty Trust, „World Financial Markets“, Nr. 4, 1988, S. 2).



Nachdem die Wachstumsrate der japanischen Ausfuhren eine Zeitlang hinter der Binnennachfrage zurückgeblieben war, zeichnet sich in den letzten Monaten eine erneute Aufwärtstendenz ab, wohingegen die Ausfuhrfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland anhaltend hoch bleibt. Als zusätzliche Belastung erweist sich in dieser Situation der versäumten Wiederanpassung der Leistungsbilanzen der drei kapitalistischen Hauptländer jetzt das Emporschnellen des Passivsaldo der Leistungsbilanz Großbritanniens, die, nachdem sie 1986 noch ausgeglichen war, im Jahre 1988 ein Defizit von 22 Milliarden Dollar aufwies, was etwa 3 Prozent des britischen BSP (ähnlich dem Fehlbetrag der USA) entspricht.

Diese Unterschiedlichkeit der Situationen ist auf langfristige wirtschaftspolitische Strategien zurückzuführen, die Ausdruck der jeweiligen ökonomischen Machtstrukturen sind: So hat in der Bundesrepublik seit Anfang der 60er Jahre jene Strategie Vorrang, die auf eine massive Durchdringung der Weltmärkte zielt, in Japan hat die konzertierte Programmierung von Staat und Unternehmen in den 70er und 80er Jahren vor allem auf die Außenkomponente der Gesamtnachfrage gesetzt, in den USA zielte das Entwicklungs-

modell in erster Linie auf die Expansion des Privat- und Staatsverbrauchs, während sich der durch die neoliberale Politik der konservativen Regierung in Großbritannien erzwungene Abbau in der Industrie zwangsläufig negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit sowohl auf dem Binnenmarkt als auch auf den Außenmärkten niederschlug.



1988 war die tatsächliche Wachstumsrate in allen 7 großen kapitalistischen Ländern höher als prognostiziert: Im gesamten OECD-Raum stieg das Bruttosozialprodukt um 4 Prozent zu konstanten Preisen gegenüber 3,3 Prozent im Vorjahr. Laut OECD sollte 1989 die Zuwachsrate bei 3,3 Prozent liegen, wobei Japan, Kanada und Italien überdurchschnittliche Raten aufweisen dürften (vgl. Abbildung). Die Expansion des BSP 1988 wurde von der Binnennachfrage in Japan (7,5 Prozent), Großbritannien und Kanada (mehr als 5 Prozent) getragen. Die Bruttoanlageinvestitionen haben sich in fast alle 7 Länder beschleunigt, so daß die Investitionsquote in den meisten Ländern höher lag als auf dem Höhepunkt (1979) des vorangegangenen Konjunkturzyklus.

Veränderung der Industrieproduktion 1987-1988 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1987	1988 ¹				
		Jahr ²	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ²
USA	3,7	5,5	5,9	6,0	5,6	5,0
Japan	3,1	9,5	10,4	9,9	8,7	8,5
BRD	0,2	3,5	2,8	2,8	4,6	3,5
Frankreich	2,2	3,5	4,7	3,2	4,0	3,5
Großbritannien	3,1	4,0	4,0	4,4	3,6	2,5
Italien	2,7	4,5	5,2	2,5	5,5	5,0
Kanada	4,5	6,5	8,0	7,5	5,7	4,5

1 Saisonbereinigte Angaben
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Auch die Industrieproduktion hat im vergangenen Jahr deutlich zugenommen: Besonders kräftig ist sie in Japan gestiegen, aber sie hat sich auch erheblich beschleunigt in Ländern wie der Bundesrepublik, Frankreich und Italien, wo sie 1987 fast stagniert hatte. In den letzten Monaten mehren sich allerdings die Anzeichen einer Abschwächung des Wachstumstemplos.

Veränderung der Lebenshaltungskosten 1987-1988 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1987	1988				
		Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
USA	3,6	4,1	3,8	3,8	4,0	4,5
Japan	0,1	0,7	0,8	0,3	0,6	1,2
BRD	0,2	1,2	0,8	1,1	1,2	1,5
Frankreich	3,1	2,7	2,4	2,5	2,9	3,0
Großbritannien	4,1	5,0	3,3	4,3	5,6	6,5
Italien	4,6	5,1	4,9	4,9	4,9	5,5
Kanada	4,4	4,1	4,1	4,0	4,0	4,3

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die Inflation ist im gesamten Raum der OECD bislang relativ niedrig geblieben, während in Großbritannien und in den USA sich der Preisauftrieb deutlich beschleunigt hat. Stabilisierend wirkte der niedrige Erdölpreis (Preisrückgang 1988 um etwa 15 Prozent). Außerdem wird im laufenden Jahr damit gerechnet, daß die übrigen Rohstoffpreise niedrig bleiben. Allerdings ist es zuletzt doch zu einer gewissen Belebung der Inflation gekommen.

Hinzu kommt in den letzten Monaten eine deutliche Steigerung des Zinsniveaus. Begünstigt durch die Währungspolitik sind vor allem die kurzfristigen Zinssätze innerhalb eines Jahres kräftig gestiegen: Zwischen Januar 1988 und Januar 1989 wurden sie um vier Prozent in Großbritannien, zweieinhalb Prozent in den USA und zwei Prozent in der BRD angehoben.

Arbeitslosigkeit 1985-1988 in 1000 in den größten kapitalistischen Ländern

	1985	1986	1987 ¹		1988 ¹	
			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj. ²
USA	8312	8237	7680	7141	6772	6650
Japan	3150	3350	3600	3300	3150	3100
BRD	2304	2228	2217	2250	2251	2200
Frankreich	2458	2517	2646	2595	2562	2550
Großbritannien	3163	3185	2956	2689	2425	2200
Italien	2527	2611	2761	2904	2899	2850
Kanada	1328	1236	1216	1116	1039	1050
Zusammen	23242	23364	23076	21995	21097	20600

1 Saisonbereinigte Angaben
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Wie aus der Tabelle hervorgeht, ist die Arbeitslosigkeit seit dem zweiten Halbjahr 1987 deutlich zurückgegangen, aber nach einem seit 6 Jahren anhaltenden Wirtschaftswachstum bleibt die Arbeitslosenquote mit 7,5 Prozent im gesamten OECD-Raum um 2,5 Prozentpunkte höher als im Jahre 1979; in den 4 größten EG-Ländern beträgt die Abweichung sogar 4-5 Prozentpunkte.

Wie schon erwähnt, hat der Anpassungsprozeß der Leistungsbilanzen zwischen dem Defizitland USA und den Überschußländern Japan und BRD 1988 nur dürftige Resultate erzielt. Der US-Fehlbetrag war mit 133 Milliarden Dollar noch wesentlich höher als 1985 (118 Milliarden), als die Tendenzwende beim Dollarwechselkurs einsetzte. Die Prognosen für 1989 sehen keine nennenswerten Fortschritte voraus. In diesem Rahmen taucht ein neuer Problemfall auf: Die Leistungsbilanz Großbritanniens ist innerhalb von zwei Jahren von dem Gleichgewicht zu einem Passivsaldo von 22 Milliarden Dollar übergegangen. Das ist im wesentlichen auf die Handelsbilanz zurückzuführen, deren Fehlbetrag von 12 Milliarden im Jahre 1986 auf 32 Milliarden im Jahre 1988 gestiegen ist: Während die Preise miteinander Schritt halten, ist das Einfuhrvolumen dreimal so schnell wie das Ausfuhrvolumen gestiegen.

Der Wechselkurs des Dollars ist starken Schwankungen unterworfen: Nach einer rapiden Aufwertung im letzten Sommer kam es im Herbst zu einer Abwertungswelle der US-Währung, aber seit zwei Monaten deutet sich wieder eine Dollarhaussse an. Die „Zeit“ schreibt dazu: „Ehrliche Ökonomen müßten es wohl eingestehen: Mit wirtschaftlichen Argumenten und traditionellen Modellen, die Wechselkurse aus Grunddaten wie zum Beispiel dem Außenhandel, dem Zinsniveau oder der Kaufkraft ableiten, kann die Entwicklung des Dollars derzeit nicht erklärt werden“ (Die „Zeit“, Nr. 4, 20. 1. 1989, S. 21).

1.2 Sozialprodukt

Die reale Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts (BSP) war 1988 mit 3,4 Prozent die höchste seit 1979. Entgegen den Erwartungen hat das Wachstum sich 1988 also deutlich beschleunigt. Allerdings ist dabei einschränkend anzumerken, daß rund 0,4 Prozent Wachstum Sonderfaktoren zu verdanken war, darunter insbesondere dem milden Winter 1987/88 (der die Bautätigkeit begünstigt hat) und den Vorzieheffekten der Gesundheitsreform (fällige Käufe wurden auf 1988 vorgezogen).

Besonders kräftig expandiert haben die Exporte und die Investitionen, sowohl die Ausrüstungsinvestitionen (real + 6,6 Prozent) als auch die Bauinvestitionen (real + 4,5 Prozent). Dagegen hat sich die Zunahme des Konsums verlangsamt. Trotzdem stellte der private Verbrauch noch einen stabilen Faktor der Konjunktur dar.

Bruttosozialprodukt 1988/89

	Ergebnis 1988 Mrd. DM ¹	In % ²	Prognose ³ 1989 Veränderung in % ²
Sozialprodukt	2129	+3,4	+2,5
Privater Verbrauch	1154	+2,7	+2,0
Staatsverbrauch	410	+1,8	+1,0
Anlageinvestitionen	416	+5,5	+4,0
Ausfuhren	680	+5,1	+5,5

1 In jeweiligen Preisen
2 In Preisen von 1980
3 Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
(Quelle: DIW-Wochenbericht 1-2/1989: Statistisches Bundesamt)

Die Wachstumsprognosen für 1989 gehen allgemein von einer gewissen Verlangsamung der Konjunktur aus, nehmen aber an, daß der Trend weiter aufwärts gerichtet sein wird. Die aktuellen Konjunkturdaten und die Unternehmensbefragungen sprechen dafür, daß die konjunkturelle Belebung einwillen anhalten wird. Damit geht der Konjunkturaufschwung seit der letzten Krise 1980/82 in sein siebentes Jahr – ohne daß aktuell ein Umschwung absehbar wäre. Bei einem genaueren Blick auf diese lange Belebungphase fällt nicht nur auf, daß ihre Dynamik insgesamt relativ schwach geblieben ist. Vor allem der Zeitraum zwischen Mitte 1986 und Mitte 1987 fällt aus dem Rahmen: Damals war die Industrieproduktion zwei Vierteljahre hintereinander gesunken, die inländischen Investitionsaufträge waren deutlich zurückgegangen. Daher war damals schon verschiedentlich damit gerechnet worden, daß sich eine neue Rezession ankündigt. Wir formulierten im Frühjahr 1987: „Die spannende Frage, wann diese Konjunkturabschwächung in eine neue Rezession, eine zyklische Wirtschaftskrise einmündet, kann allerdings noch nicht genau beantwortet werden. Bislang stützt der private Verbrauch sowohl in der BRD als auch international noch die schwache Konjunktur und verhindert einen rezessiven Einbruch.“ („INFORMATIONEN“ 2/1987)

Tatsächlich hat der sowohl durch etwas höhere Tarifabschlüsse als auch durch die niedrigen Preise (Ölpreissenkung), die Auswirkungen der ersten Stufe der Steuerreform und stellenweise erhöhte Sozialleistungen bewirkte kleine „Konsumboom“ damals die Entfaltung der Krisenfaktoren verhindert. Ab Mitte 1987 stiegen zudem die Warenexporte im Zuge des beschleunigt expandierenden Welt Handels wieder stark an. Außerdem stabilisierte das hohe Niveau der Rationalisierungsinvestitionen die Investitionsnachfrage. Die beginnende Abwärtstendenz wurde dadurch gestoppt, es kam vor dem Hintergrund der weiter steigenden privaten Nachfrage und vor allem beschleunigter Exporte ab Anfang 1988 auch wieder zu steigenden Investitionen.

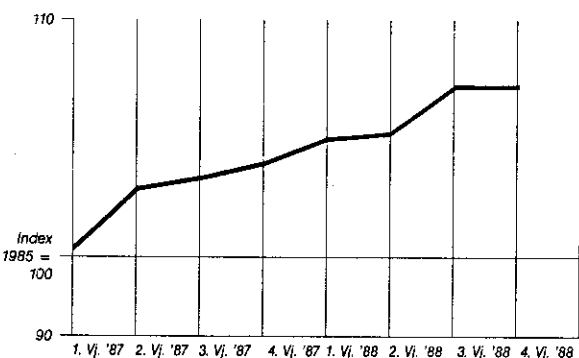
Hinzu kam, daß die relativ rasche „finanztechnische“ Entschärfung des Börsenkrachs vom Oktober 1987 negative Auswirkungen auf die „reale“ Ökonomie und auf die Konjunktur verhinderte, während die unter dem Druck der Rezessionsfurcht im Herbst 1987 ergriffenen staatlichen Konjunkturankurbelungsmaßnahmen Wirkung zeigten. Dies verlängerte den 1987 lahmenden Konjunkturaufschwung – ein Vorgang, der durchaus nicht völlig neu ist: Es sei daran erinnert, daß es auch 1971/72 nach vier Aufschwungsjahren zu einer deutlichen Konjunkturabschwächung gekommen war, die sich aber wegen der expandierenden privaten Nachfrage und der steigenden Exporte nicht entfalten konnte. Es folgte nochmals 1972/73 eine Belebungphase, die Krise trat dann erst 1974/75 und zwar mit besonderer Wucht ein. Damit ist allerdings gegenwärtig nicht zu rechnen, da derzeit gerade die Investitionen stark zunehmen, was 1972/73 nicht der Fall war.

Die gegenwärtige relativ lange Aufschwungsphase der Konjunktur spricht also keineswegs für die Beseitigung des kapitalistischen Konjunkturzyklus mit seiner Abfolge von Aufschwung und Krise. Aktuell muß allerdings festgestellt werden, daß das hohe Niveau der Modernisierungsaktivitäten als stabilisierendes Moment der Investitionskonjunktur eher für einen flachen Verlauf bevorstehender Rezessionen spricht.

1.3 Produktion

Der Entwicklungstrend der Erzeugung im produzierenden Gewerbe ist auch in den letzten Monaten von 1988 weiter aufwärts gerichtet gewesen, auch wenn im Herbst eine Verlangsamung eingetreten ist.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



IMSF

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1987				1988			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
100,4	102,9	103,3	103,9	105,0	105,2	107,2	107,6

1 Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, saisonbereinigte Wirtschaftszahlen)

Günstiger haben sich Grundstoff- und Investitionsgüterbereiche entwickelt, während die Erzeugung von Verbrauchsgütern seit Mitte 1988 stagniert. Die Bauwirtschaft weist, unter dem Einfluß der wiederum sehr milden Witterung im Winter, eine anomale Entwicklung auf: Während die Erzeugung dort im gesamten Jahresverlauf 1988 rückläufig war – allerdings ausgehend von einem sehr hohen Niveau Ende 1987 – hat sie sich im Dezember stark erholt. Die Methode der Saisonbereinigung führt vor dem Hintergrund einer außergewöhnlich milden Witterung zu einer völligen Verzerrung der saisonbedingten Ergebnisse.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	August	September	Oktober	November	Dezember ²
Insgesamt	+6,4	+4,6	+2,6	+3,6	+ 4,2
Grundstoffe/Produktionsgüter	+7,8	+7,8	+6,7	+6,1	+10,2
Investitionsgüter	+8,6	+5,8	+3,1	+4,1	+ 2,8
Verbrauchsgüter	+6,1	+3,0	+0,7	+2,9	+ 5,3

1 1988 in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufig
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Der Vorjahresstand bei der Produktion ist weiterhin merklich überschritten, die industrielle Produktion dürfte 1988 etwa um vier Prozent angestiegen sein.

Auch die industriellen Auftragseingänge sind – nach einer Pause im Herbst – weiter aufwärts gerichtet. Auch hier stehen die Investitionsgüterbereiche an der Spitze, was sowohl für die Auslands- wie für die Inlandsaufträge gilt. Der 1988 wieder verstärkte Konjunkturaufschwung basiert eindeutig auf den Investitionen und auf dem Export.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1987				1988			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
105	107	110	109	112	114	118	117

1 Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Iff.)

Im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahresmonaten ergibt sich eine kräftige Zunahme, die ebenfalls vor allem im Investitionsgütergewerbe deutlich ausfällt. Dabei entwickeln sich die Auslandsaufträge eher noch etwas stärker als die inländischen Investitionsgüterbestellungen.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
August	+14,2	+17,6	+12,8	+13,9
September	+ 9,7	+10,1	+11,1	+ 5,6
Oktober	+ 3,7	+ 4,2	+ 4,6	+ 0,7
November	+10,2	+11,4	+10,1	+ 8,8
Dezember ²	+16,0	+14,9	+17,6	+12,0

1 Veränderungen 1988 in % gegenüber dem Vorjahr, zu jeweiligen Preisen
2 Vorläufig
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Die aktuellen Produktions- und Auftragseingangsziffern vom Jahresende 1988 verweisen darauf, daß sich die 1988 herausgebildete überraschend günstige Entwicklung auch 1989 fortsetzen wird.

1.4 Wichtige Industriebranchen

Die Situation in der Industrie der Bundesrepublik ist so günstig wie schon lange nicht mehr. Nur wenige Branchen stehen dabei im Schatten, die Belebung scheint allgemein zu sein.

In der **eisenschaffenden Industrie** „verdienen die Unternehmen Geld wie einst im Mai“ (Handelsblatt). Die Stahlproduktion ist 1988 um 13 Prozent auf 41 Millionen Jahrestonnen angestiegen. Zwar wird allgemein ein Ende des „Stahlbooms“ befürchtet – ein Teil der erhöhten Produktion hat der Aufstockung der Lager gedient – aber aktuell geht die Expansion weiter: Im Januar 1989 wurde das Vorjahresergebnis wieder um acht Prozent überschritten. Ob es 1989 zu dem erwarteten leichten Produktionsrückgang um rund zwei Prozent kommen wird, kann derzeit nicht entschieden werden. Daß allerdings der Beschäftigungsabbau weitergeht (die Branche kündigt einen Beschäftigungsabbau um etwa 8000 Personen an) ist weitgehend unabhängig von der Produktionsentwicklung. Während die Produktion 1987 und 1988 um ein Sechstel zugenommen hat, ist die Beschäftigung um zwölf Prozent gesunken.

Auch die **chemische Industrie** profitiert voll von der günstigen Konjunktur. Die Produktion ist 1988 um fünf Prozent angestiegen, die Exporte stiegen um elf Prozent. Auch für 1989 werden die Absatzaussichten positiv beurteilt, eine nochmalige Produktionssteigerung um zwei Prozent wird für möglich gehalten. Die drei großen deutschen Chemiekonzerne konnten die seit 1982 anhaltende Gewinnexpansion wiederum mit Steigerungsraten um 25 Prozent fortsetzen. Wenig tut sich dagegen bei der Beschäftigung, ganze 4000 neue Arbeitsplätze (+ 0,6 Prozent) wurden geschaffen. Der Produktions- und Absatzzuwachs kommt fast ausschließlich der Produktivität und damit den Gewinnen zugute.

Der **Maschinenbau** hat in hohem Maße von der Verstärkung der Investitionen (sowohl national wie international) profitiert. Die Produktion ist 1988 bei hoher Auslastung der Kapazitäten um etwa vier Prozent gestiegen, bei um real etwa zehn Prozent höheren Auftragseingängen. Für 1989 wird daher mit einem Wachstum von nochmals fünf Prozent gerechnet, wobei die Exporte die größte Dynamik besitzen. Dabei weisen die Sparten große Unterschiede auf: Während z. B. für Druckmaschinen verschiedentlich Kapazitätsengpässe bestehen, läuft der Absatz von landwirtschaftlichen und Bergwerksmaschinen sehr schleppend. Nach zwei Jahren Stagnation bzw. leichtem Rückgang planen die Unternehmen für 1989 Neueinstellungen: Etwa 25000 Arbeitsplätze (2,5 Prozent mehr) sollen entstehen.

Die **Elektroindustrie** verzeichnet ebenfalls eine insgesamt günstige Konjunktur. Die Produktion ist 1988 um sechs Prozent gestiegen, für 1989 wird mit einer weiteren Zunahme um fünf Prozent gerechnet. Haupttriebkraft sind die elektrotechnischen Investitionsgüter, darunter wiederum in erster Linie die Exporte. Die Verbrauchsgüterproduktion dagegen weist etwas niedrigere Wachstumsraten

auf. Auch die Beschäftigung nimmt zu, mit rund 1,5 Prozent oder knapp 15000 neuen Arbeitsplätzen kommt der Produktionsanstieg aber auch hier vor allem aus der Produktivitätszunahme.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	2. Vj. 1988	3. Vj. 1988	Oktober	November ²
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 2,2	+ 4,0	+ 2,8	+ 3,0
Eisenschaffende Industrie	+ 5,9	+15,8	+11,7	+13,3
Chemische Industrie	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,6	+ 3,6
Maschinenbau	- 1,5	+ 6,5	+ 4,4	+ 0,8
Straßenfahrzeugbau	- 1,1	+ 0,6	- 1,9	+ 2,3
Elektrotechnik	+ 5,1	+ 5,7	+ 6,5	+ 7,4
EDV-Geräte	+17,8	+ 3,3	+11,9	- 4,1
Textilgewerbe	- 2,6	- 2,8	- 4,5	- 3,2
Bekleidungsgewerbe	- 3,2	- 3,7	+ 0,7	- 2,8
Bauhauptgewerbe	- 2,9	- 4,4	- 4,1	- 6,0

1 in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufig
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Iff.)

Eine der großen Ausnahmen von der überwiegenden Expansions-tendenz bildet die **Automobilindustrie**. Nach mehreren Rekordjahren trat 1988 eine Beruhigung ein: Die Produktion sank um ein Prozent, wobei die Nutzfahrzeugproduktion aber weiter zunahm. Bei PKW war der Rückgang der inländischen Neuzulassungen um rund vier Prozent entscheidend. Dagegen konnten die Exporte weiter gesteigert werden, auch ging der Anteil der ausländischen Anbieter minimal auf 29 Prozent zurück. Bei den Exporten wurden die Rückschläge am amerikanischen Markt (- 34 Prozent) durch kräftige Zunahmen der Ausfuhren in die EG und nach Japan mehr als ausgeglichen. Die Beschäftigung ist ebenfalls schon leicht zurückgegangen, wobei diese Tendenz sich verstärken wird. Trotz der weltweiten Überkapazitäten in der Automobilindustrie von etwa einem Fünftel wird weiter investiert, vor allem in Modernisierungsaktivitäten – was aber ebenfalls oft mit Kapazitätswachsen verbunden ist. Zudem werden an neuen Standorten auch neue Produktionsanlagen aufgebaut, in Europa vor allem an der „Peripherie“ der EG. Neben der intensiven Modernisierung versuchen die Konzerne die Kosten durch Kooperationen zu senken. Außerdem stellen sie sich darauf ein, neue Kapitalanlagefelder außerhalb der Branche zu suchen. Obwohl auch für 1989 der Produktion ein weiterer Rückgang um drei bis vier Prozent vorhergesagt wird, ist die Absatzlage insgesamt viel stabiler geblieben als noch vor Jahresfrist allgemein angenommen. Während die Beschäftigung sinkt und verschiedentlich besonders bei den Zulieferern und im Bereich der Teilefertigung auch wichtige Umstrukturierungen mit Arbeitsplatzverlusten vorgenommen werden, kann von der lange prognostizierten Automobilkrise bislang keine Rede sein: Die Konzerne verfügen über außerordentlich hohe Finanzpolster und dehnen die Investitionen trotz unausgelasteter Kapazitäten weiter aus. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß nun im Zeichen stagnierender oder leicht rückläufiger Produktionsziffern die Rationalisierung zum Hauptfaktor der Personalentwicklung wird.

Den **Textil- und Bekleidungsindustrien** hat das Jahr 1988 erneut leichte Produktionseinbußen beschert. Zuletzt haben sich die Exportaussichten wieder aufgehellt, gleichzeitig nimmt allerdings der Importdruck wieder zu. Die Beschäftigungstendenz ist weiter rückläufig. Der Unternehmerverband Gesamttextil hat das Thema der Maschinenlaufzeiten auf die Tagesordnung gesetzt und versucht, mit dem Hinweis auf Billigimporte die Gewerkschaften unter Druck zu setzen. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen sei eine Ausdehnung der Laufzeiten notwendig. Während durchaus zweifelhaft ist, ob dadurch der Druck asiatischer Billigimporte gemindert werden kann, ist sicher, daß die von den Unternehmen gewünschte intensivere Nutzung der Maschinen gesamtwirtschaftlich Arbeitsplätze gefährden würde – insbesondere in der Maschinenindustrie.

Die **Bauwirtschaft** kann auf ein günstiges Jahr zurückblicken. Das gesamte Bauvolumen hat sich um viereinhalb Prozent erhöht. Dabei expandierten vor allem der Wohnungsbau und der gewerbliche Bau, während der öffentliche Bau gedämpft blieb. Gegenwärtig rechnen die Verbände für 1989 mit einer kaum abgeschwächten

Expansion, wobei vor allem der Wohnungsbau – der allerdings 1987 auf ein besonders niedriges Niveau abgesunken war – nochmals expandieren soll. Ähnlich positiv sind die Erwartungen für den gewerblichen Bau, der teilweise von verstärkten Infrastrukturinvestitionen im Zusammenhang mit der Einführung neuer Technologien profitiert. Weniger günstig sind wiederum die Erwartungen für den öffentlichen Bau – zwar hat sich die Finanzlage der Gemeinden deutlich verbessert, in vielen Fällen ist dies aber nur durch „Konsolidierung“, d. h. durch Einschränkung der Investitionen (welche überwiegend Bauinvestitionen sind) erreicht worden. Während die Bauwirtschaft über „Facharbeitermangel“ klagt, ist der Beschäftigungstrend trotz der guten Auftragslage weiter rückläufig. 1988 war die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe nochmals um fast drei Prozent oder 30000 Arbeitskräfte reduziert worden.

1.5 Investitionen

Die Investitionstätigkeit hat sich im Laufe des Jahres 1988 deutlich belebt. Dies gilt für die Bauinvestitionen, verstärkt aber noch für die Ausrüstungsinvestitionen.

Investitionen in der Gesamtwirtschaft¹

	1986	1987	1988	1989 ²
Ausrüstungen	+4,1	+4,0	+6,6	+6,0
Bauten	+2,7	+0,2	+4,5	+2,5
Anlageinvestitionen insgesamt	+3,3	+1,8	+5,4	+4,0

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr, feste Preise
2 Prognose des DIW
(Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW-Wochenbericht 1-2/1989)

Die starke Belebung der Investitionen überrascht insofern nicht, als die Kapazitätsauslastung im letzten Jahr auf einen Höchststand in den achtziger Jahren angestiegen ist. Mit 88,7 Prozent wurde ein Wert erreicht, wie er schon lange nicht mehr verzeichnet werden konnte.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

	März	Juni	September	Dezember
1985	82,9	84,5	84,4	85,1
1986	84,3	84,7	85,0	84,6
1987	83,6	84,2	84,5	85,0
1988	84,7	86,0	87,4	88,7

1 in % der betrieblichen Vollausslastung
(Quelle: Ifo-Schnelldienst)

Es fällt dabei allerdings auf, daß trotzdem der Anteil der Erweiterungsinvestitionen niedrig ist und zudem weiter zurückgeht. War ein über mehrere Jahre hinweg rückläufiger Anteil der Erweiterungsinvestitionen in der Vergangenheit immer ein Anzeichen für das Auslaufen der Investitionskonjunktur gewesen, so ist dies gegenwärtig anders. Dies verweist auf Veränderungen im Investitionsmuster.

Zielsetzung der Investitionen¹

	1987	1988	1989
Kapazitätserweiterung	34	32	27
Rationalisierung	44	47	49
Ersatzbeschaffung	22	21	24

1 Anteile in %, Planungen der Unternehmen
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 32/1988)

Nach diesen Planungen ist in der Industrie 1989 ein erneuter Investitionszuwachs um real etwa sieben Prozent zu erwarten, wobei der Schwerpunkt die Rationalisierung ist. Dies dürfte auch teilweise die insgesamt niedrige, aber doch durch wenig zyklische Schwankungen gekennzeichnete Investitionsentwicklung erklären: Der hohe Modernisierungsbedarf, der durch die Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt in der näheren Zukunft eher noch stimuliert werden dürfte, veranlaßt die Unternehmen zu höheren Investitionsausgaben, die auch bei einem gewissen Rückgang der Kapazitätsauslastung wie 1987 nicht zurückgefahren werden. Hinzu kommt allerdings eine außerordentlich günstige Finanzierungssituation.

Finanzierung der Unternehmensinvestitionen¹

	1987	1988	1989
Bruttoinvestitionen	351,7	394,4	418,5
Eigenmittel	334,7	392,5	392,5
Finanzierungssaldo	17,0	1,5	26,0
Selbstfinanzierungsquote	95,2%	99,5%	94,0%

1 Mrd. DM
(Quelle: DIW-Wochenbericht 1-2/1989)

Per saldo benötigten die Unternehmen 1988 zur Finanzierung ihrer Investitionen praktisch keine neuen Kredite mehr, sie konnten ihre Programme voll aus den Abschreibungserlösen, den einbehaltenen Gewinnen und Kapitalerhöhungen finanzieren. Bei einer Sparquote der privaten Haushalte, die bei 12 Prozent liegt, ist also ein großer Kapitalüberschuß entstanden, der auch durch die Kreditaufnahme des Staates von etwa 36 Milliarden DM nicht beansprucht wurde. Dafür wurde in großem Umfang Kapitalexport betrieben.

1.6 Außenwirtschaft

Die Bundesrepublik hat 1988 erneut einen Rekordüberschuß im Außenhandel erwirtschaftet. Die nominalen Exporte sind mit knapp acht Prozent etwas rascher gestiegen als die Importe, die um gut sieben Prozent zugenommen haben. Preisbereinigt ist der Exportanstieg allerdings mit über fünf Prozent etwas niedriger ausgefallen als die Importzunahme von real gut sechs Prozent. In Preisen von 1980 ist der Exportüberschuß leicht gesunken. Weil die Exportpreise erneut stärker gestiegen sind als die Importpreise, haben sich die Austauschverhältnisse der BRD gegenüber dem Ausland, die „Terms of Trade“, nochmals etwas zugunsten der Bundesrepublik verschoben. 1988 konnte die BRD für den Ertrag einer bestimmten Menge an Exportgütern nahezu 20 Prozent mehr Importwaren bezahlen als 1980.

Außenhandel der BRD

	Exporte Mrd. DM	% ¹	Importe Mrd. DM	% ¹	Saldo Mrd. DM
1980	350,3	+ 11,4	341,4	+ 16,9	+ 8,9
1981	396,9	+ 13,3	369,2	+ 8,1	+ 27,7
1982	427,8	+ 7,8	376,6	+ 2,0	+ 51,3
1983	432,3	+ 1,2	390,4	+ 2,9	+ 42,0
1984	488,2	+ 13,0	434,2	+ 11,2	+ 54,0
1985	537,1	+ 10,0	463,8	+ 6,8	+ 73,4
1986	526,4	- 2,0	413,7	- 10,8	+ 112,6
1987	527,4	+ 0,2	409,6	- 1,0	+ 117,7
1988	567,8	+ 7,7	439,7	+ 7,4	+ 128,1

1 In % gegenüber dem Vorjahr, Spezialhandel, letzte Zahl vorläufig
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Die Leistungsbilanz, das ist die Zusammenfassung der oben dargestellten Handelsbilanz mit der Bilanz des Dienstleistungsverkehrs und der Übertragungsbilanz, erreichte mit 85 Milliarden DM ebenfalls einen neuen Rekord. Die Bundesrepublik bleibt damit ein erst-rangiger Störfaktor im Welthandel.

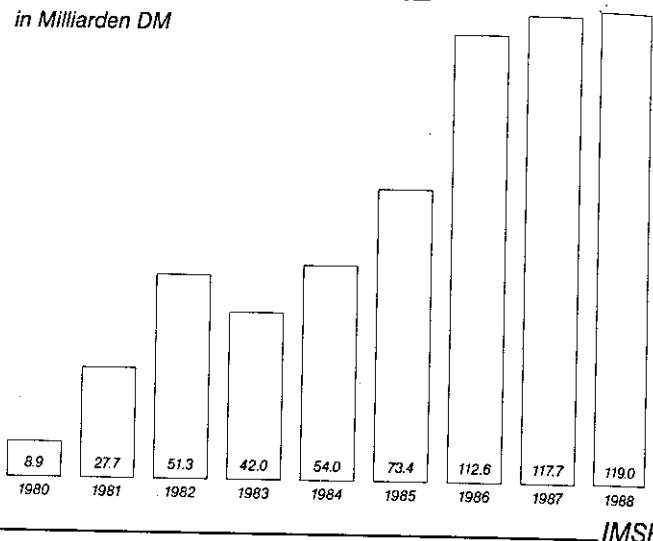
Besonders auffällig ist der starke Anstieg des BRD-Überschusses gegenüber den EG-Partnern um 30 Prozent. Auf mehr als 80 Milliarden DM beläuft sich „unser“ Außenhandelsüberschuß gegenüber den anderen EG-Partnern, bei weiter steigender Tendenz. Betroffen sind besonders Großbritannien und Frankreich. Auch gegenüber den übrigen westeuropäischen Ländern der EFTA-Zone stieg der Überschuß leicht von 32 auf 34 Milliarden DM – so beruht der Exportüberschuß der BRD inzwischen fast vollständig auf der Überlegenheit in Westeuropa. Das erst-rangige Interesse der BRD an der EG-Entwicklung kann daher nicht überraschen.

Dagegen ging der Überschuß gegenüber den USA leicht von 24 auf 17 Milliarden DM zurück, während das Defizit gegenüber Japan bei 15 Milliarden blieb.

Die Kehrseite der Überschüsse im Waren- und Leistungsverkehr sind große Defizite beim Kapitalverkehr. Seit 1980 gerechnet beläuft sich der kumulierte Kapitalabfluß aus der BRD auf mehr als

Außenhandel der BRD

in Milliarden DM



300 Milliarden DM. Die Einnahmeüberschüsse aus dem Außenhandel werden verwendet, um entweder ausländische Unternehmen bzw. Unternehmensbeteiligungen zu kaufen (Direktinvestitionen) oder das Kapital in Form von Krediten und Wertpapierverkäufen verzinslich anzulegen. Außerdem – dies muß zusätzlich erwähnt werden – verstecken sich in der Kategorie des kurzfristigen Kapitalexports auch Handelskredite.

Kapitalexport der Bundesrepublik¹

	Saldo insgesamt	Langfristig	Kurzfristig
1980	- 0,4	+ 5,8	- 6,2
1981	+ 5,8	+ 8,4	- 2,6
1982	- 3,2	- 14,2	+ 11,0
1983	- 18,4	- 7,0	- 11,5
1984	- 37,5	- 19,8	- 17,7
1985	- 55,1	- 13,4	- 41,7
1986	- 80,1	+ 33,3	- 113,4
1987	- 44,0	- 23,6	- 20,5
1988	- 110,0	- 83,6	- 25,0

1 In Mrd. DM, Kapitalexport = -, Kapitalimport = +
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Die weiteren Aussichten für die Exportentwicklung sehen eher günstig aus. Zwar soll sich das Wachstum des Welthandels, der 1988 um acht bis neun Prozent zugenommen hatte, 1989 etwas verlangsamen, eine Zunahme von real sechs Prozent beinhaltet aber trotzdem positive Impulse. Zudem dürfte die BRD von der zunehmenden Intensivierung des EG-Handels besonders profitieren.

Die konjunkturellen Tendenzen sowohl in der Welt als auch in den meisten westeuropäischen Ländern bleiben aufwärts gerichtet, wenn auch in einer etwas abgeschwächten Weise. Vor diesem Hintergrund dürfte die Erwartung einer etwa fünfprozentigen Exportzunahme für die Bundesrepublik realistisch sein – zumal die Investitionsnachfrage 1989 auch weltweit das Wachstum trägt. Bekanntlich ist die Exportstruktur der Bundesrepublik stark auf Investitionsgüter konzentriert.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die internationalen Ungleichgewichte im Außenhandel weiterhin große Gefahren für die Stabilität der Devisenmärkte und damit aber auch für die internationalen Geld- und Kapitalmärkte mit sich bringen. Zwar konnten die Turbulenzen im Gefolge des Börsenkrachs Ende 1987 relativ rasch wieder auf dem Wege koordinierter supranationaler Eingriffe entschärft werden – die Börsenkurse liegen derzeit an den meisten Börsen wieder auf dem Stand von vor dem „blutigen Montag“ –, die Situation ist aber trotzdem labil geblieben. Erst ein einschneidender Abbau der Ungleichgewichte im internationalen Handel würde die Gefahr von ruckartigen Erschütterungen der internationalen Finanzmärkte zumindest aktuell beseitigen.

2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerrgewinne

Die Belebung der Konjunktur und die weitere Verbesserung der internationalen Austauschverhältnisse haben sich verteilungsmäßig ganz überwiegend in Form einer Verbesserung der Einkommensposition der Unternehmer und der Selbständigen niedergeschlagen. Seit sieben Jahren erhöhen sich die „Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen“ ununterbrochen. Nach den vorliegenden Prognosen wird dies auch 1989 andauern.

Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen

	Mrd. DM	Brutto in % ¹	Mrd. DM	Netto in % ¹
1980	304	- 1,9	242	- 0,8
1981	304	0,0	245	1,3
1982	321	5,5	259	5,7
1983	365	13,8	305	17,7
1984	404	10,6	340	11,4
1985	429	6,2	357	5,0
1986	468	9,1	394	10,3
1987	487	4,0	416	5,5
1988	535	10,0	459	10,5

1 Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.1, Iff.)

Demnach werden die so definierten Nettogewinne 1989 doppelt so hoch sein wie im Jahre 1980. Was den Zusammenhang zu den Investitionen betrifft, so liegen die Nettoinvestitionen (also Gesamtinvestitionen abzüglich Abschreibungen) 1989 nach den Prognosen mit 170 Milliarden DM kaum höher als 1980 (163 Milliarden).

Die größten Konzerne der Bundesrepublik, für die Ergebnisse allerdings erst für 1987 vollständig vorliegen, konnten sowohl 1987 als auch 1988 mehrheitlich wieder höhere Gewinne ausweisen.

Die zehn gewinnstärksten Konzerne

	Jahresüberschuß in Mill. DM	in % gegenüber Vorjahr
Daimler-Benz	1782	1
Bayer	1544	14
Hoechst	1528	16
Siemens	1275	- 13,5
BASF	1055	17
Veba	1030	- 3
Bosch	825	82
Ford	810	41
VW	598	3
IBM-Deutschland	545	5

(Quelle: Wirtschaftswoche Nr. 48/1988)

Für 1988 liegen bisher nur Zahlen von Siemens vor, die traditionell jeweils zum 30. 9. des laufenden Jahres ihren Abschluß erstellen; dort ist der Jahresüberschuß 1988 um 9 Prozent auf 1391 Millionen DM gestiegen. Die drei Chemiekonzerne BASF, Bayer und Hoechst berichteten „über das beste Jahr der Unternehmensgeschichte“ (Strenger, BASF, Handelsblatt v. 23. 11. 88). Die Veba rechnet für 1988 mit einer „erfreulichen Steigerung“ (Handelsblatt v. 17. 11. 88). Lediglich bei Daimler-Benz scheinen die Gewinne etwas zurückgegangen zu sein.

2.2 Konzentration

Konzentration des Kapitals im ursprünglichen Marxschen Sinne meint die Anhäufung von Profiten als Kapital im jeweiligen Unternehmen; große Kapitale akkumulieren schneller und können deshalb ihre Position ausbauen. Es war nicht zu erwarten, daß sich im siebten Regierungsjahr der CDU/FDP-Koalition diesbezüglich etwas ändern würde. Die Spitzengruppe des Monopolkapitals steht unangefochten. Man kann fast jede beliebige Kennziffer verwen-

den: Unter den ersten zehn finden sich weitgehend dieselben Namen (zum folgenden vgl. Wirtschaftswoche 48, 25. 11. 1988, S. 154 ff.). Beim Umsatz z. B. – dem klassischen Maßstab für Unternehmensgröße – waren die ersten zehn auch die einzigen mit mehr als 20 Milliarden DM.

Die größten BRD-Monopole nach dem Umsatz 1987

	Mio. DM	v. H. gegenüber Vorjahr
Daimler-Benz	67 475	3,0
Volkswagenwerk	54 635	3,5
Siemens	51 431	9,4
Veba	40 475	0,9
BASF	40 238	- 0,6
Bayer	37 142	- 3,0
Hoechst	36 956	11,2
Thyssen	26 551	- 1,7
Bosch	25 365	6,5
Ruhrkohle	20 267	- 3,1

Ebenfalls zehn Konzerne beschäftigen mehr als 100 000 Arbeiter und Angestellte; es war die gleiche Gruppe, außer der Veba AG, die durch Mannesmann ersetzt wurde:

Die größten BRD-Monopole nach der Beschäftigtenzahl

	in 1000	v. H. gegenüber Vorjahr
Siemens	359,0	0,0
Daimler-Benz	326,3	2,8
Volkswagenwerk	260,5	- 5,8
Hoechst	167,8	9,1
Bayer	164,4	0,2
Bosch	161,3	2,0
BASF	133,8	1,7
Ruhrkohle	125,3	- 5,4
Thyssen	123,4	- 3,1
Mannesmann	113,3	1,9

Diese Position haben die „Riesen“ allerdings nicht nur durch die Akkumulation von Profiten erreicht und gefestigt, sondern mehr noch durch die Übernahme anderer Firmen. Die Spitzenreiter sind dabei schon seit Jahren die Nummern 1 und 2 der Konzernhitliste, Daimler-Benz und Siemens. Der Stuttgarter Konzern kam 1988 einen wichtigen Schritt auf dem Weg zum Technologie- und Rüstungsgiganten weiter. Für die Übernahme des Rüstungskonzerns MBB wurden die Hindernisse beseitigt; der Akt selbst soll 1989 vollzogen werden. Bei diesem Vorgang, von dem in den INFORMATIONEN schon mehrfach die Rede war, handelt es sich offensichtlich um eine strategische Weichenstellung des BRD-Monopolkapitals insgesamt und nicht nur von Daimler-Benz. Dafür spricht mehrerlei:

1. Die aktive Rolle der Deutschen Bank, die die nötigen Personalveränderungen bei Daimler-Benz durchsetzte.
2. Die flankierende Unterstützung anderer Konzerne. So ist die Allianz bereit, ihre MBB-Anteile an DB zu verkaufen; Siemens will seine Aktienanteile verringern.
3. Die schon an Servilität grenzende Bereitschaft der Bundesregierung, die Aktion mit Milliardenbeschenken zu fördern.

Vor allem letzteres war die Voraussetzung für das Gelingen der Fusion. Zwar hatte Graf Lambsdorff nach seiner Wahl zum FDP-Vorsitzenden im November starke Worte gegen den Zusammenschluß formuliert und neue Bedingungen gestellt, doch blieb davon – wie zu erwarten war – wenig. Eine Hürde sollte die Forderung sein, die Airbus-Subventionen mit den Rüstungsprofiten bei MBB zu verrechnen. Diese Bedingung wurde faktisch fallengelassen. Saldiert werden sollen nur noch Airbus-Verluste mit den Profiten aus dem Bau von Militärflugzeugen, und die werden auch nicht mit ihrer tatsächlichen Höhe, sondern mit ihrem Anteil am Gesamtumsatz von MBB in den Vergleich einbezogen. Der „Spiegel“ (Nr. 4/89, S. 104) errechnete, daß nach diesem Modus 1987 nur 1,35 Mio. Militärprofit zu verteilen gewesen wären, und 1986 sogar ein Verlust.

Der Siemens-Konzern selbst war auch nicht faul. Im Sommer war mit Bosch, Telenorma, PKI und ANT ein Kartell für Funkkommunikationssysteme angemeldet worden: Entwicklung, Herstellung und Vertrieb solcher Anlagen werden gemeinsam betrieben. Im Dezember wurde bekannt, daß Siemens mit IBM eine Gemeinschaftsfirma (je 50 Prozent) für Bau und Vertrieb von Telefonanlagen gründen will. In Frankreich übernimmt Siemens vom Elektronikonzern IN2 die Mehrheit an dessen Tochterfirma für Rechnersysteme.

Der härteste Coup war die im November gemeinsam mit der britischen General Electric Co. gestartete Offensive zur Übernahme des Elektrokonzerns Plessey. Der Vorgang ist insofern etwas Neues, als es sich um eine „böartige Übernahme“ handelt. Plessey wünscht die Fusion nicht und leistet hinhaltenden Widerstand. Siemens und GEC wollen durch ein attraktives Angebot so viele Plessey-Aktionäre zum Verkauf ihrer Papiere bewegen, daß sie eine Mehrheit auf der HV bekommen. Es ist das erste Mal, daß sich ein bundesdeutscher Konzern an einer solchen Aktion beteiligt – und wie es aussieht, mit Erfolg.

Derartige „buy-out“-Aktionen sind in den USA aufgekommen und haben 1988 zum Teil abenteuerliche Ausmaße angenommen. Der Tabakriese Philip Morris kaufte z. B. für 13 Mrd. Dollar den Lebensmittelkonzern Kraft; zum Jahresende wechselte RJR Nabisco für fast 50 Mrd. DM den Besitzer. Beängstigend ist hierbei der spekulative Charakter der Geschäfte: Die Kaufpreise werden größtenteils mit Krediten finanziert, die wiederum nur zurückgezahlt werden können, wenn es gelingt, die erworbene Firma zu zerteilen und die Teile getrennt mit Profit zu „verwerten“.

Letzteres ist bei Plessey – wie es heißt – nicht beabsichtigt; dieser Konzern soll von den Käufern gemeinsam übernommen und weiterbetrieben werden. Siemens hat es auch nicht nötig, sich die fälligen fünf Milliarden DM zu leihen; bei 24 Mrd. flüssigen Mitteln (Stand Herbst 1988) könnte die Summe leicht aufgebracht werden. Sollte dieses Beispiel allerdings Schule machen und auch in der BRD zur Praxis werden, dann würde der Wirtschaftsmechanismus um einiges labiler.

Wichtige Unternehmensfusionen der letzten Zeit gab es auch in anderen Branchen: Der Druckmaschinenhersteller Koenig & Bauer kaufte den Konkurrenten Albert Frankenthal, die Autoverleiher Eurocar und InterRent gingen zusammen, ebenso die Frankfurter Stadtparkasse und die Sparkasse von 1822. Radio-Diehl wurde vom Leibbrand-Konzern geschluckt, das RWE übernahm die Deutsche Texaco, und es wurden weitere Teile des ehemaligen gemeinwirtschaftlichen Vermögens veräußert: Im November war der Presse zu entnehmen, daß für fast 1,5 Mrd. DM eine Mehrheit der Volksfürsorge-Versicherung an die Aachen/Münchener Versicherung und an einen italienischen Konzern verkauft wird; weitere 25 Prozent sollen über die Börse veräußert werden. Nach der Liquidierung der Neuen Heimat, dem Verkauf der BfG-Mehrheit und der co-op-Zentrale haben sich die Gewerkschaften aus diesem Sektor verabschiedet. Profitiert haben davon fast ausschließlich Großkonzerne des Finanzkapitals. Auch die co op wurde zum Jahresende von einem Bankenconsortium übernommen.

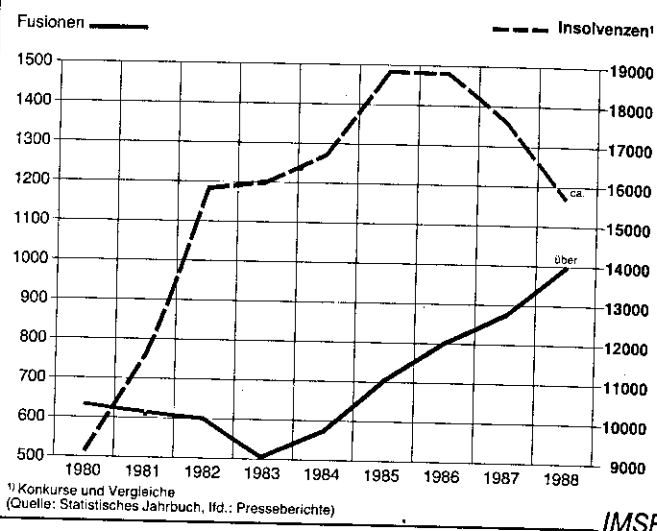
Vor diesem Hintergrund verzeichnete die Fusionsstatistik für 1988 wieder einen Rekord. Erstmals hat die Zahl der beim Bundeskartellamt gemeldeten Fusionen die Tausendergrenze überschritten.

Fusionen und Insolvenzen in der BRD

	Insgesamt	Insolvenzen*
1969	168	3578
1974	318	7722
1980	635	9144
1981	618	11653
1982	603	15877
1983	506	16056
1984	575	16760
1985	709	18876
1986	802	18842
1987	887	17589
1988	1000	ca. 15700

* Konkurse und Vergleiche
(Quelle: FAZ, 14. 12. 1988, Handelsblatt, 22. 12. 1988, Statistisches Jahrbuch, lfd.)

Fusionen und Insolvenzen in der BRD



Gegenüber diesen Zahlen machen sich die fünf (Vorjahr drei) verbotenen Fusionen bescheiden aus. Auch die vom Bundeskartellamt (BKA) als Erfolge reklamierten zehn „Vorfeldfälle“, bei denen beabsichtigte Zusammenschlüsse nach Drohungen fallengelassen worden sein sollen, verbessern die Bilanz kaum.

Das Pendant zu den Fusionen sind die Insolvenzen. Die Zahl der Konkurse und Vergleiche hat sich im letzten Jahr stärker als in den Vorjahren verringert, liegt aber immer noch auf sehr hohem Niveau. In den ersten zehn Monaten 1988 haben 8943 Unternehmen die Zahlungsunfähigkeit erklärt; die Vergleichszahl 1987 war 10288. Zählt man die Insolvenzen von Privatleuten dazu, dann ist die Zahl von 14903 auf 13458 gesunken (zu diesen Zahlen vgl. FAZ, 2. 1. 1989 und 14. 1. 1989; nach Angaben des Verbands der Vereine Creditreform und des Statistischen Bundesamts). Für das gesamte Jahr 1988 wird mit einem Rückgang der Insolvenzzahl um elf Prozent gerechnet. Die wirtschaftlichen Schäden werden für 1988 auf 26 Mrd. DM geschätzt (1987: 29 Mrd.), die Arbeitsplatzverluste auf 94000 (1987: 120000).

Die bekanntesten Firmenzusammenbrüche waren die PHB Weserhütte (Otto Wolff-Konzern), die Druckerei Girardet, das Stahlwerk Maxhütte, die Bowe Maschinen- und Stahlbau KG, die D & W Auto-, Sport- und Zubehörhandels-GmbH, die Ravensburger Spinnerei AG und – zum Jahresende – der Kamerahersteller Minox GmbH. Die Masse der Pleiten betraf allerdings Klein- und Mittelbetriebe, und zwar vorzugsweise (75 Prozent) im Dienstleistungs-, Handels- und Baugewerbe.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die tariflichen Arbeitseinkommen sind 1988 etwas langsamer angestiegen als in den Vorjahren. 1989 wird sich der Anstieg noch deutlich verlangsamten, da in den meisten bedeutenden Tarifbereichen Lohn- und Gehaltsabschlüsse mit dreijährigen Laufzeiten abgeschlossen worden sind. Für 1989 sind dort Anhebungen zwischen 1,4 Prozent (Öffentlicher Dienst) und 2,5 Prozent (Druck und Metall) vorgesehen.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
	+4,0	+3,3	+2,8	+2,7	+3,5	+3,4	+2,7

¹ Auf Monatsbasis, in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Verbunden mit den niedrigeren Lohn- und Gehaltserhöhungen waren und sind weitere Arbeitszeitverkürzungen. In der Metallverarbeitung (3,9 Millionen Betroffene) und in der Druckindustrie (160000) sinkt zum 1. 4. 89 die Arbeitszeit um eine halbe Stunde auf 37 Wochenstunden, in der Stahlindustrie (140000) sind schon zum 1. 11. 88 Arbeitszeitverkürzungen bis auf 36,5 Wochenstunden realisiert worden. Bei VW (134000) war zum 1. 8. 88 die 37-Stunden-Woche erreicht. Allerdings ist das Tempo der Arbeitszeitverkürzungen in den meisten anderen Bereichen niedrig: In der chemischen Industrie (690000) wird die Wochenarbeitszeit zum September 1989 auf 39 Stunden verkürzt, im Öffentlichen Dienst (2,7 Millionen) wird die 39 Wochenstunden am 1. 4. 89 erreicht, in den Textil- und Bekleidungsindustrien (420000) und im Bankgewerbe (390000) am 1. 5. 89. Insgesamt bleibt das Tempo der Arbeitszeitverkürzung unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten zu niedrig.

Dank der 1988 immer noch niedrigen Inflationsrate sind die Realeinkommen der Beschäftigten auch 1988 – das dritte Jahr hintereinander – deutlich angestiegen.

Reallohnentwicklung¹

	1985	1986	1987	1988	1989 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	3,8	5,0	3,9	3,8	3,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	2,4	5,4	2,8	4,0	2,5
Je Beschäftigten	1,6	4,2	1,8	3,3	1,5
Inflationsrate	2,2	-0,2	0,2	1,2	2,5
Realeinkommen je Beschäftigten	-0,6	4,4	1,6	2,1	-1,0

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

² Prognose des DIW
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.1; DIW-Wochenbericht 1-2/1989)

Wie aus der Tabelle hervorgeht, hat die zweite Stufe der Steuerreform, die 1988 wirksam geworden ist, nur minimale Entlastungen bei den Löhnen und Gehältern gebracht. Die Nettolöhne sind kaum rascher angestiegen als die Bruttolöhne, auch weil gleichzeitig die Krankenkassenbeiträge durchschnittlich weiter um 0,2 Prozent gestiegen sind. Faktisch hat die Steuerreform 1988 nur den Trend zum Belastungsanstieg für ein Jahr gestoppt, nicht aber eine spürbare Entlastung gebracht.

Im laufenden Jahr wird es voraussichtlich schon wieder Schluß sein mit den Reallohnsteigerungen. Niedrigere Tarifverbesserungen, beschleunigte steigende Preise und eine erneut verschärfte Steuerprogression werden zu leichten Reallohneinbußen der Beschäftigten führen.

3.2 Preise

Zum Jahresbeginn 1989 haben die Verbraucherpreise einen kräftigen Sprung nach oben gemacht. Gegenüber Dezember 1988 erhöhte sich der Lebenshaltungsindex aller Haushalte um ein Prozent und überstieg damit den Stand von Januar 1988 um 2,6 Prozent. Die für 1988 erwartete durchschnittliche „Inflationsrate“ von 2,5 Prozent dürfte eher zu optimistisch geschätzt sein, verschiedentlich wird befürchtet, daß es wieder zu einer „Drei vor dem Komma“ kommen könnte.

Ausgewählte Preisindizes¹

	Lebenshaltung	Industriepreise	Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandelspreise	Importpreise
1985	+2,2	+2,5	-3,6	+1,6	+1,5
1986	-0,2	-2,5	-5,7	-0,2	-18,9
1987	+0,2	-2,5	-3,4	+0,4	-6,1
1988	+1,2	+1,9	+0,2	+0,5	+0,8

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Der kräftige Preissprung zum Januar hängt zum einen mit den Verbrauchsteuererhöhungen zusammen: Die Mineralölsteuer, die

Steuer auf Heizöl, die Tabaksteuer und die Versicherungssteuer werden erhöht, eine Erdgassteuer wird eingeführt. Insgesamt treibt dies den Lebenshaltungsindex um etwa 0,6 Prozent hinauf. Die Beschleunigung bei den Verbraucherpreisen erklärt dies aber nur zum kleinen Teil. Faktisch war die relative Preisstabilität der letzten Jahre überwiegend dem rapiden Rückgang der Importpreise, vor allem für Brennstoffe, zu verdanken, während sich die Preise für Dienstleistungen und vor allem für Mieten eher beschleunigt erhöht haben. Außerdem waren die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise u. a. als Reflex der EG-Preisregelungen in der Vergangenheit gesunken. Die Dynamik bei den inländischen Preisen wurde dadurch überdeckt, die „hausgemachte“ Inflation hat sich keineswegs im behaupteten Ausmaß abgeschwächt. Da nun die Importpreise wieder ansteigen, die Entlastungsmomente also an Wirkung verlieren, zeigt sich, daß die Inflation keineswegs abgeschafft ist.

Dies, obwohl die „Lohnkosten je Produkteinheit“ in den achtziger Jahren extrem langsam gestiegen sind. Während der „Preisindex der Lebenshaltung“ (1980 = 100) Ende 1988 bei 123 Punkten lag, erreichte der Index der Lohnkosten (1980 = 100) lediglich einen Stand von 115. In den letzten drei Jahren sind die Lohnstückkosten sogar stabil geblieben. Da gleichzeitig die Importpreise kräftig gesunken sind, hätten die Verbraucherpreise eigentlich deutlich zurückgehen müssen – tatsächlich aber wurden die Preise weiter angehoben, um die Gewinne zu steigern.

3.3 Einkommensverteilung

Obwohl die Kaufkraft der Löhne und Gehälter auch 1988 deutlich gestiegen ist, hat sich der Umverteilungsprozeß zu Lasten der Arbeitseinkommen beschleunigt. Die Effekte des höheren Wirtschaftswachstums und der stabilen Importpreise (also der gestiegenen „Terms of Trade“ der Bundesrepublik) haben den Verteilungsspielraum zugunsten der Gewinne und Selbständigeneinkommen erweitert.

Lohnquoten¹

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²	Nettolohn- und -gehaltssumme Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²
1960	60,1	60,1	43,7	43,7
1970	68,0	62,9	45,0	41,7
1980	73,5	64,9	42,4	37,5
1985	69,8	61,8	37,8	33,5
1986	69,0	60,9	37,4	33,0
1987	69,0	60,8	37,0	32,6
1988	67,7	59,7	36,4	32,1

¹ Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen

² Bereinigt auf Grundlage der Erwerbstätigenstruktur von 1960
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.1; eigene Berechnungen)

Der ausgewiesene Wert für die bereinigte Lohnquote, der in früheren Jahren als Indikator der Kostenbelastung der Unternehmen galt, ist auf einen historischen Tiefstand in der Geschichte der Bundesrepublik gesunken. Selbst die tatsächliche Lohnquote ist unter den Stand von 1970 zurückgefallen, obwohl damals der Anteil der abhängig Beschäftigten, also der Bezieher von Lohneinkommen, an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen mit 83,4 Prozent niedriger war als 1988 (87,6 Prozent).

Auch 1989 wird sich dieser Umverteilungsprozeß weiter fortsetzen, da die Gewinne wiederum deutlich stärker steigen sollen als die Löhne.

3.4 Ein Jahr nach Rheinhausen – eine Bilanz betrieblicher Abwehrkämpfe

Der Abwehrkampf der Stahlbelegschaft von Rheinhausen 1987/88 hat der innergewerkschaftlichen Diskussion über eine Erweiterung und Politisierung gewerkschaftlicher Handlungsfelder und entsprechende Durchsetzungsstrategien neue Anstöße gegeben. Auch für die Weiterentwicklung von Arbeitskämpfstategien ergeben sich aus den betrieblichen Abwehrkämpfen gegen Arbeitsplatzvernichtung neue Aspekte. Dabei ist die Spezifik dieses Kampftypus zu beachten:

– Die Unterstützung betrieblicher Abwehrkämpfe wirft für die Gewerkschaften schwierige Probleme auf, da Streiks außerhalb der Friedenspflicht oder etwa Kampfformen wie Betriebsbesetzungen nach der gegenwärtigen Rechtslage verboten sind und die Gewerkschaften damit bei offener Unterstützung Schadenersatzforderungen von Unternehmern riskieren. Dieser Konflikt durchzieht alle Bewegungen dieser Art und schafft ein Spannungsverhältnis zwischen betrieblichen Initiativkräften und der für einen erfolgreichen Verlauf objektiv notwendigen Koordinierung durch die gewerkschaftlichen Zentralorgane.

– Bei betrieblichen Abwehrkämpfen existieren keine vorgegebenen Handlungsmuster wie bei Tarifstreiks. Dies erleichtert zum Teil die Durchbrechung ritualisierter Ablaufsformen und Erprobung neuer Kampfformen wie Blockaden (von Zufahrtsstraßen, Verkehrsknotenpunkten, Brücken etc.) oder Betriebsbesetzungen. Unmittelbar auslösendes Moment des Widerstandes von Belegschaften ist häufig die Verletzung sozialpartnerschaftlicher Konfliktlösungsformen durch das Kapital. Die Bewußtseinsprozesse der Beteiligten verlaufen zumeist intensiver als im ritualisierten Tarifkampf und können sich rasch radikalieren, ohne dabei vor einem schnellen Wechsel in resignative Apathie aufgrund insgesamt geringer Erfolgchancen geschützt zu sein. Militanz wird zu einem eigenen politischen Druckmittel in diesen Bewegungen.

Betriebliche Abwehrkämpfe gegen Massenentlassungen und Produktionsstilllegungen haben jeweils im Gefolge von konjunkturellen und strukturellen Krisenprozessen sprunghaft zugenommen. Anfang der 80er Jahre stieg die Anzahl der an betrieblichen Streiks gegen Arbeitsplatzvernichtung Beteiligten von 42 000 (1980), 63 000 (1981), 134 000 (1982) auf 345 000 (1983), um dann nach einem Rückgang 1984/85 wieder erneut anzusteigen. Schon Mitte der 70er Jahre bewirkten militante Aktionen bis zu Betriebsbesetzungen bei Enka Wuppertal, Demag Kalletal und Seibel Erwitte Schlagzeilen. Anfang der 80er Jahre erfuhren Betriebsbesetzungen bei VDM Frankfurt und Videocolor Ulm und dann vor allem 1983 auf den Werften HDW Hamburg und AG Weser Bremen eine gewachsene öffentliche Resonanz. Die Zahl der besetzten Betriebe war von 3 (1980), 6 (1981), 10 (1982) auf 16 (1983) gestiegen.

Nach den Auseinandersetzungen auf den Werften verlagerte sich der Konflikt Mitte der 80er Jahre in die Stahlindustrie. Neben der Maxhütte in der Oberpfalz stehen die Henrichshütte in Hattingen und Krupp Rheinhausen in Duisburg für einen neuen Typus des Abwehrkampfes, der durch enorme Öffentlichkeitsresonanz und breite Einbeziehung der Bevölkerung, eine Vielfalt von phantasiereichen Aktionsformen und eine neue Radikalität und Militanz charakterisiert ist. Während im Betrieb Aktionsformen wie Arbeitsniederlegungen, Belegschaftsdiskussionen, kollektive Besuche anderer Belegschaften usw. flexibel abwechselten, wurden gleichzeitig die kommunale und regionale Öffentlichkeit zu eigenständigen Handlungsfeldern des Widerstandes. Eine unverzichtbare unterstützende, z. T. sogar initiierte Rolle nahmen dabei Solidaritätskomitees vor Ort mit einer breiten politischen Zusammensetzung, teilweise auch Frauen- und Jugendinitiativen ein.

Während die Gewerkschaften in den Tarifkämpfen der 80er Jahre zumindest partielle Erfolge erzielen konnten, sind die Abwehrbewegungen in den Krisenregionen und -branchen der letzten Jahre – von der spektakulären Werftbesetzung in Hamburg bis zu den massenhaften Blockadeaktionen in Rheinhausen – durch einen Widerspruch geprägt: durch die Kluft zwischen Dynamik, Militanz und Echo des Kampfes und seinen Ergebnissen. Denn gemessen an den Zielen der Abwehrkämpfe – Erhalt der Standorte und Arbeitsplätze – sind die materiellen Resultate als Niederlagen zu werten. Immerhin konnten in fast allen Fällen der Zeitplan des Kahlschlags gebremst und sein Umfang reduziert werden sowie Sozialplanregelungen verbessert und zum Teil Maßnahmen für Ersatzarbeitsplätze vereinbart werden. Auch Massenentlassungen wurden verhindert. Selbst bei ausbleibendem materiellen Erfolg geht das Widerstandsniveau der Belegschaften in die ökonomische und politische Kostenkalkulation und Strategiebildung des Kapitals ein. Der „Bremseneffekt“ anhaltenden Widerstandes, die massive Störung des „sozialen Friedens“ und die Beispielwirkung der Gegenwehr sind Faktoren, die die Entwicklung und Austragungsformen der Klassenbeziehungen generell beeinflussen.

Eine zentrale Schwäche der betrieblichen Abwehrkämpfe besteht darin, daß es nicht oder nur in Ansätzen gelang, eine standortübergreifende Bewegung um struktur- und regionalpolitische Alternativen zu entwickeln. Für eine solche Koordinierung und Vereinheitlichung des Widerstandes besitzen faktisch die Gewerkschaften, und hier vor allem ihr zentraler Vorstand und Apparat, eine nicht ersetzbare Schlüsselstellung, die sie in der Realität nicht wahr genommen haben.

Das Eingreifen und Wirken der Gewerkschaften und ihres hauptamtlichen Apparates vor Ort ist in den einzelnen Konflikten unterschiedlich zu bewerten. (Vgl. H. v. Barga u. a., Vom Widerstand zur Reformbewegung? IMSF-Arbeitsmaterialien Nr. 30, Frankfurt 1988.) Während die IG Metall in Hattingen vorbildhaft den Kampf der Belegschaft und der ganzen Region organisierte und innergewerkschaftlichen Aktionsdruck entfaltete, blieben die örtlichen Gewerkschaftsorgane im Hamburger HDW-Konflikt und in Duisburg-Rheinhausen weit hinter den Anforderungen zurück. Insbesondere dort, wo die offiziellen Gewerkschaftsorgane eher eine blockierende Rolle spielten, entstanden vielfach horizontale Strukturen der Information, Kommunikation und politischen Abstimmung unter den Betriebsaktiven. Solche informellen Querstrukturen mit ganz unterschiedlichen Ausprägungen wurden in der Regel gebildet, um betriebsegoistische Einengungen des Abwehrkampfes zu vermeiden und eine Koordinierung von unten in Gang zu setzen. Die Beteiligung hieran kann für aktive Gewerkschafter ein praktisches Erfordernis solcher Bewegungen werden und sollte nicht als sektiererische Verengung auf eine angebliche „Einheit der Linken“ etikettiert werden. (Vgl. z. B. Nachrichten 5/1988, S. 34.) Probleme treten dann auf, wenn auf Dauer damit Konkurrenzstrukturen zu den Gewerkschaftsorganen entstehen und oppositioneller Basisdruck an den Gewerkschaften vorbei gelenkt wird, anstatt zur Triebkraft innergewerkschaftlicher Veränderung zu werden.

Der Rückblick auf die innergewerkschaftliche Verarbeitung der Abwehrkämpfe zu Beginn der 80er Jahre zeigt zumindest zwei Fortentwicklungen:

– Die Durchsetzung des Vergesellschaftungsbeschlusses der IG Metall auf ihrem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag in München 1983, die Entwicklung des Stahlpolitischen Programms und später die Konstituierung eines „Stahlfaktionsausschusses“ sind ein Ergebnis dieser Kämpfe und des koordinierten Zusammenwirkens der aktiven Gewerkschafter dieser Branche. Damit zeigte sich, daß auch innergewerkschaftlich vor allem von den Krisenzentren ein besonderer Politisierungsdruck ausging.

– Ebenfalls auf diesem Gewerkschaftstag 1983 war ein Initiativvertrag („Widerstand gegen die Massenarbeitsplatzvernichtung bei der AG Weser, HDW u. a.“) angenommen worden, in dem der IG-Metall-Vorstand aufgefordert wurde, über „mögliche weitergehende Formen des gewerkschaftlichen Widerstandes“ nachzudenken. Ergebnis war dann eine umfangreiche Positionsbestimmung des Beirats der IG Metall vom 12. 3. 1985, in der eine zurückhaltende Bewertung von Betriebsbesetzungen, jedoch eine breite Skala von Aktionsformen, regionale überbetriebliche Vernetzung und Herstellung einer außerbetrieblichen Öffentlichkeit als Instrumente des Abwehrkampfes angegeben werden, die ein neues Verständnis des Arbeitskampfes im Sinne einer „sozialen Bewegung“ ausdrückte. Als politisch-strategische Zielsetzung wurde anvisiert: „Erweiterte gewerkschaftliche Handlungsperspektiven, die Ergänzung des betrieblichen Abwehrkampfes gegen Arbeitsplatzvernichtung durch gemeinsamen Widerstand auf überbetrieblicher Ebene, müssen Hand in Hand gehen mit erweiterten gewerkschaftlichen Forderungsperspektiven, mit der Ergänzung von defensiven Schutzforderungen zum Erhalt vorhandener Arbeitsplätze durch offensive Gestaltungsforderungen nach Schaffung von zukunftssicheren Ersatzarbeitsplätzen.“

Konkretisierte Konzepte von „Beschäftigungsgesellschaften“ und die neubegonnene Diskussion über eine demokratisch, ökologisch und sozial orientierte Struktur- und Regionalpolitik sind zweifellos wichtige Schritte in der notwendigen Präzisierung unmittelbarer Alternativen zu den jeweiligen Arbeitsplatzvernichtungsplänen des Kapitals und von Reformperspektiven. Dies zählt mit zu den wichtigen Resultaten der Werften- und Stahlabwehrkämpfe der 80er Jahre. Ohne die Aufnahme und Verstärkung der lebendigen Impulse

des Widerstandes in den Betrieben bleibt eine solche Reformstrategie allerdings illusorisch. Dies verlangt u. a. die Bereitschaft und Fähigkeit der Gewerkschaften, entsprechende Durchsetzungsstrategien zu entwickeln und aus den realen betrieblichen Konflikten eine politische Bewegung zu formieren – eine Aufgabe, der sich die IG Metall insgesamt in den zurückliegenden Kämpfen nur unzureichend gestellt hat.

3.5 Tarifkonflikt in der Druckindustrie

Der Konflikt in der Druckindustrie Anfang 1989 hat einen ganzen Komplex von qualitativen tarifpolitischen Inhalten zum Gegenstand. Es geht zum einen um Forderungen der IG Druck und Papier zu einem neuen Manteltarifvertrag, mit denen Fragen der Arbeitsbedingungen und der Arbeitszeit (mit Ausnahme der bis 1990 festgeschriebenen Wochenarbeitszeit) geregelt werden. Zum anderen hat der Bundesvorstand Druck als Reaktion darauf die sogenannten „Anhänge“ des MTV gekündigt, in denen – seit Jahrzehnten immer wieder fortgeschrieben – vor allem die Besetzungsregeln enthalten sind. In diesem Tarifkonflikt stehen sich zwei gegensätzliche Konzepte gegenüber, die jeweils auf die neuen Bedingungen des Umbruchs in der Arbeit reagieren: das gewerkschaftliche Konzept einer Gestaltung der Arbeit und Ausweitung von kollektiven Schutzrechten und das Konzept des Kapitals einer weitgehenden Flexibilisierung und Aushöhlung gewerkschaftlicher Gegenmachtpositionen. Bei einer genaueren Betrachtung der „qualitativen“ Dimension dieser Tarifinhalte lassen sich folgende Aspekte hervorheben:

– „Leben und Demokratie in der Arbeit“ ist ein zentrales Element der Forderungen zur Gestaltung der Arbeit, in denen neue Ansprüche und erweiterte Interessen der Beschäftigten z. B. nach Gesundheitsschutz aufgenommen sind. Hierfür werden stärkere Rechte des Betriebsrats, aber auch das Recht jedes einzelnen Beschäftigten auf Arbeitsverweigerung bei Verstößen gegen die Gesundheitsvorschriften proklamiert. Damit wird Gesundheits- und Arbeitsschutz unmittelbar mit Schritten der Demokratisierung und Entwicklung von Gegenmacht verbunden. Während der Tarifverhandlungen wurde dieses Thema in Aktionselemente umgesetzt, indem z. B. während einer Demonstration vor dem Verhandlungsort das Abspielen des Druckmaschinenlärms von Tonbändern die Notwendigkeit besseren Arbeitsschutzes unterstreichen sollte.

Solche neuen Ansprüche der Beschäftigten auf Lebensqualität und Demokratie in der Arbeit und die hierbei sichtbare erhöhte Sensibilität für Gesundheits- und Umweltgefährdungen sind nicht nur eine Verarbeitung der eigenen Erfahrungen am Arbeitsplatz, sondern auch Ausdruck einer schärferen Problemwahrnehmung im außerbetrieblichen Bereich. Sensibilisiertes Massenbewußtsein für ökologische und globale Bedrohungen sowie eigenes Engagement für höhere Lebensqualität und Umweltschutz sind heute nicht nur bei Lehrern, Studenten und höheren Angestelltengruppen, sondern auch bei Industriearbeitern anzutreffen. Diese für die gewerkschaftliche Politik bedeutsame Tatsache wird auch durch eine wissenschaftliche Studie über Umweltbewußtsein von Industriearbeitern (SOFI-Studie 1988, vgl. Soziale Welt 2/1988) erhärtet, in der nachgewiesen wird, daß Industriearbeiter wie andere Lohnabhängigengruppen in erster Linie durch die gesamtgesellschaftliche Problematisierung von ökologischen Risiken und durch entsprechende Umweltaktivitäten sensibilisiert werden. Dieser Fakt setzt auch neue Bedingungen für gewerkschaftliche Interessenvertretung, in der sich die neuen Problemdimensionen, aber zugleich auch neuen Mobilisierungsansätze widerspiegeln sollten. Völlig realitätsfremd wäre es etwa, außerbetriebliche Umweltaktivitäten – z. B. den Schutz des nächstliegenden „Krötentümpels“ – den „eigentlichen Arbeiterinteressen“ gegenüberzustellen. (Vgl. hierzu Nachrichten 2/1989, S. 34.)

Die Aufgabe zeitgemäßer gewerkschaftlicher Klassenpolitik wird es vielmehr sein, das allgemeine ökologische Risikobewußtsein konkret auf die betrieblichen Probleme zu beziehen und zum Konfliktgegenstand zwischen Kapital und Arbeit zu machen. Ein Beispiel dafür ist die gegenwärtige Kampagne der IG Druck und Papier gegen gesundheitsgefährdende Lösungsmittel im Produktionsbereich. (Vgl. Druck und Papier vom 6. 2. 1989.) Indem solche neuen Bedürfnisse und Problemwahrnehmungen sich in neuen tarifpoli-

schen Zielen niederschlagen und in Eigenaktivitäten der Beschäftigten ausdrücken, kann das Motto der IG Druck und Papier, „Leben und Demokratie in der Arbeit“, auch über die unmittelbar Betroffenen hinaus zum inhaltlichen Mobilisierungspunkt werden. Wenn dies gelingt, besteht die Chance, einerseits Entgegensetzungen von unmittelbar sozialen Interessen einerseits und Bedürfnissen nach Lebensqualität, Umweltschutz und Demokratie andererseits durch praktische Bewegungen ein wenig den Boden zu entziehen.

– Statt Flexibilisierung Ausweitung von Schutzrechten ist der Tenor des weiteren Katalogs der gewerkschaftlichen Forderungen. Zu den Schwerpunkten gehören folgende Komplexe: Gegen die Absicht insbesondere der Großunternehmen, die Maschinenlaufzeiten weiter auszudehnen, stehen Forderungen nach einer tariflichen Regelarbeitszeit von montags bis freitags (mit Ausnahmen für Tageszeitungen etc.) und einer Beschränkung der Überstundenarbeit. Insbesondere die Interessenlage von Frauen wird in den Forderungen nach einem Mindestschutz für Teilzeitbeschäftigte aufgenommen (Mindestarbeitszeit von 20 Stunden in der Woche und 4 Stunden pro Tag, keine variable Arbeitszeit etc.). Mit den gekündigten „Anhängen“ des MTV, durch deren Liquidierung die Unternehmer Arbeitskräfte einsparen bzw. verbilligen und den Leistungsdruck erhöhen wollen, ist der Schutz von Qualifikationen und des Facharbeiterstatus ebenfalls Gegenstand des Konflikts. Es zeichnet sich ab, daß die Unternehmer diese Flexibilisierungsziele mit Härte und zahlreichen betrieblichen Erpressungsmanövern durchsetzen wollen und die künftige Konkurrenzunahme durch den EG-Binnenmarkt als Druckmittel nutzen. Im Mittelpunkt steht dabei der Kampf um das freie Wochenende.

Das konkrete Vorgehen der Unternehmer zeigt die politische Dimension dieses Tarifkonflikts, in dem ein erneuter Machtkampf mit der nach wie vor relativ stabilen IG Druck und Papier (kurz vor ihrer Integration in die neugebildete IG Medien) gesucht wird. Dies demonstriert das konfrontative Vorgehen in den Verhandlungen und der Schlichtung ebenso wie der Angriff auf das „Herzstück“ des bisherigen Tarifvertragswesens in der Druckindustrie, die MTV-Anhänge, die jetzt in bestellten Rechtsgutachten der Unternehmer als „verfassungswidrig“ bezeichnet werden. Zwar haben die Unternehmer die Kündigung der „Anhänge“ – verbunden mit erpresserischen Forderungen – in der Schlichtung Ende Februar vorerst wieder zurückgenommen; dennoch bleibt ein Arbeitskampf in diesem Bereich nicht auszuschließen.

3.6 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung hat auch 1988 nochmals zugenommen, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie in den Vorjahren. Immerhin sind zwischen dem Beschäftigungstiefpunkt im Jahre 1983 und 1988 fast 850 000 neue Arbeitsplätze entstanden, wenn auch bei einer Verschiebung hin zu Teilzeitarbeitsplätzen und befristeten Beschäftigungsverhältnissen.

Erwerbstätigkeit¹

	Erwerbstätige	dar.	Selbstständige	Abhängig Beschäftigte ²
1980	26 328		3 319	23 009
1981	26 144		3 275	22 869
1982	25 709		3 273	22 436
1983	25 331		3 274	22 057
1984	25 363		3 266	22 097
1985	25 540		3 266	22 274
1986	25 796		3 261	22 535
1987	25 987		3 248	22 739
1988	26 130		3 233	22 897

¹ In 1000 Personen

² Einschließlich mithelfende Familienangehörige
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.1)

Allerdings war der letzte „zyklische“ Beschäftigungshöhepunkt von 1980 noch immer nicht ganz erreicht. Was die Zahlen angeht, so hat die Volkszählung ergeben, daß die Beschäftigungsstatistik insgesamt eine erhebliche Fehlerquote aufweist. Denn nach deren ersten vorläufigen Ergebnissen lag die Erwerbstätigkeit im Mai 1987 um etwa eine Million Personen höher als nach der Fortschreibung

des Statistischen Bundesamtes, welche der obigen Tabelle zugrundeliegt.

Wie weit der Beschäftigungsanstieg seit 1983 einer Zunahme von „Normalarbeitsverhältnissen“ (unbefristete Vollzeitstellen) oder aber von Teilzeitarbeit oder gar von „ungeschützten“ Beschäftigungsverhältnissen zu verdanken ist, kann empirisch nur unzureichend geklärt werden. Die Bundesanstalt für Arbeit kommt in einer Untersuchung der Erwerbstätigenstatistik zu dem Ergebnis, daß von der Zunahme der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (dazu gehört nur ein Teil der abhängig Beschäftigten) zwischen Juni 1983 und Juni 1987 um etwa 900 000 immerhin gut die Hälfte auf die Zunahme von Vollzeitarbeitsplätzen entfallen ist.

Beschäftigungszunahme 1983–1987¹

	Vollzeit	Teilzeit	Auszubildende	Unterbrecher ²	Insgesamt
Männer	271	24	59	– 5	349
Frauen	196	221	110	25	552
Insges.	467	245	169	20	901

¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, in 1000, jeweils im Juni des Jahres
² Fortbestehendes Beschäftigungsverhältnis ohne Zahlung des Arbeitsentgelts, vor allem bei Erziehungsurlaub
 (Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4/1988, S. 470)

Zunächst fällt auf, daß die Annahme, eine verstärkte Inanspruchnahme von Erziehungsurlaub würde die Statistik stark verfälschen, bislang (d. h. bis 1987) nicht zutrifft. Diese Personen werden in der Beschäftigtenstatistik mitgezählt, ebenso wie eventuell eingestellte Ersatzpersonen. Zwischen 1983 und 1987 ist diese Gruppe von „unechten“ Beschäftigten aber nur um etwa 20 000 auf 475 000 angestiegen.

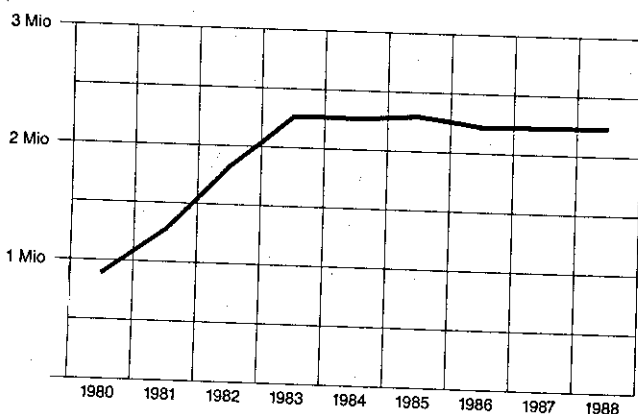
Die neuen Beschäftigungsverhältnisse waren zu etwa 60 Prozent Frauenarbeitsplätze. Dabei bestätigt sich die Annahme, daß die Ausweitung der Teilzeitarbeit einen erheblichen Teil des Beschäftigungsanstiegs erklärt. Während bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Anteil der Teilzeitbeschäftigten 1983 bei neun Prozent lag, waren 27 Prozent der zwischen 1983 und 1987 zusätzlich registrierten Arbeitsplätze Teilzeitstellen.

Eine weitere bedeutsame Ursache des Beschäftigungsanstiegs war die Zunahme der Zahl der Ausbildungsverhältnisse, auf die fast ein Fünftel der zusätzlichen Arbeitsplätze entfiel.

Die Unterscheidung nach Geschlecht macht allerdings deutlich, daß der Zuwachs an Vollzeitstellen doch bei den Männern überwog (hier waren mehr als drei Viertel der zusätzlichen Stellen Vollzeitstellen), während von den 550 000 neuen Frauenarbeitsplätzen nur gut ein Drittel mit Vollzeitbeschäftigung verbunden war. Von den 470 000 zwischen 1983 und 1987 entstandenen zusätzlichen Vollzeitarbeitsplätzen wurden 58 Prozent mit Männern besetzt.

Trotz des Beschäftigungsanstiegs ist die Arbeitslosigkeit seit 1983 nicht zurückgegangen.

Arbeitslosigkeit in der BRD



Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik¹

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
889	1272	1833	2258	2266	2304	2228	2229	2242

¹ Registrierte Arbeitslose, in 1000

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Die registrierte Ziffer ist 1988 sogar wieder leicht angestiegen, wenn auch am Jahreswechsel 1987/88 – z. T. aus Witterungsgründen – der Vorjahresstand unterschritten war.

Arbeitsmarkt 1987/88

	Arbeitslose (1)	(2)	Kurzarbeiter (1)	(2)	Offene Stellen (1)	(2)
Oktober	2074	– 19	98	– 191	196	+ 25
November	2091	– 42	94	– 111	185	+ 28
Dezember	2191	– 117	108	– 110	179	+ 31
Januar	2335	– 184	171	– 139	196	+ 35

(1) In 1000 Personen

(2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Daß trotz der steigenden Beschäftigung die Arbeitslosigkeit in der Tendenz eher noch zunimmt, hängt vor allem mit der demographischen Entwicklung zusammen. Noch steigt die Zahl der Erwerbspersonen, teils weil immer noch geburtenstärkere Jahrgänge ins Erwerbsalter rücken, teils weil die weiblichen Erwerbsquoten rasch zunehmen, teils weil Einwanderer auf den Arbeitsmarkt drängen.

Arbeitsmarktbilanz¹

	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989 ²
Erwerbs-							
personen	28 605	28 756	29 045	29 280	29 458	29 658	29 873
Erwerbs-							
tätige	25 262	25 283	25 452	25 702	25 891	26 036	26 166
Registrierte							
Arbeitslose	2 258	2 266	2 304	2 228	2 229	2 242	2 280
Stille							
Reserve	1 085	1 207	1 289	1 350	1 338	1 372	1 427
Arbeitslose							
insgesamt	3 343	3 473	3 593	3 578	3 567	3 614	3 70

¹ In 1000 Personen

² Schätzung des IAB bei einem Wirtschaftswachstum von real 2 Prozent und einer Arbeitszeitverkürzung um 0,8 Prozent je Erwerbstätigen
 (Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4/1988, S. 465)

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit schlägt sich seit 1983 überwiegend in Form einer höheren „stillen Reserve“ nieder, während die registrierten Ziffern stagnieren.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus.
 Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco, der Abschnitt 2.2 von Gert Hautsch verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 17. 2. 1989. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 48,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 4,- DM, Jahresabonnement 15,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.